Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur Fritz Reinhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Tel.-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 29.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.60 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 10.80 Mk., monatlich 3.60 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 11.40 Mk., monatlich 3.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 127 — Sonnabend, den 5. Juni 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

In einer mehrheitssozialistischen Funktionärversammlung von Potsdam-Stadt wurde mitgeteilt, daß die Wahl des neuen Reichspräsidenten erst in der ersten Oktoberwoche erfolgen solle.

Da der neue deutsche Reichstag nicht vor dem 28. Juni einberufen werden kann, wird voraussichtlich die gegenwärtige deutsche Regierung die Vertretung Deutschlands in Spa ausüben müssen.

Die Sowjetregierung hat durch ihren Berliner Vertreter am 1. Juni die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland der deutschen Regierung angetragen.

Die in Berlin mit Vertretern der ungarischen Regierung gepflogenen Verhandlungen über einen deutsch-ungarischen Wirtschaftsvertrag haben zu einer Einigung geführt.

Die gestrige Sitzung der ungarischen Nationalversammlung wurde nach der Ansprache des Präsidenten über den Friedensvertrag zum Zeichen der Trauer geschlossen.

Die Warschauer Telegraphen-Agentur berichtet aus Moskau, daß Rußland sich unmittelbar vor einem von General Brussilow vorbereiteten Staatsstreich befinde.

Litauen hat sich wegen der Zwangslage im russisch-polnischen Kriege um Auskunft an die Entente gewandt und die allgemeine Mobilisierung beschlossen.

Vor der Entscheidung.

B. Der eigentliche Wahlkampf ist zu Ende. Die Abgabe des Stimmzettels gehört schon nicht mehr zu der Wahlschlacht an sich, denn es ist anzunehmen, daß die Wähler sich vor Beginn des Wahltages für oder wider die Parteien bereits entschieden haben. Wenn wir rückschauend die letzten Wochen überblicken, so müssen wir sagen, daß der jetzt durchgefochtene Wahlkampf zu den hitzigsten und darum unerfreulichsten Wahlkämpfen gehört, die je durchgefochten worden sind. Dank der Maßnahmen der Regierung ist es aber nur an ganz wenigen Orten zu tätlichen Ausschreitungen des Wahlkampfes gekommen. Auch die Regierung als solche hat im Wahlkampfe aufs äußerste zurückgehalten und es finden sich schon Stimmen, die eine solche Zurückhaltung als schädlich bezeichnen. Die Parteien der Koalition hatten im Wahlkampfe die schwere Aufgabe, den Wählern immer und immer wieder zu sagen, daß wir einen Krieg verloren haben, und daß keine der Parteien, sei es welche es auch sei, in der Lage ist, dem deutschen Volke morgen die Zustände wieder zu schaffen, die wir vor dem Kriege gehabt haben. Sie sagten den Wählern ehrlich und offen, daß nur harte Arbeit das Mittel ist, das den Wiederaufbau bewerkstelligen kann. Sie sind bereit, weil sie es müssen, die schwere Arbeit auch weiterhin zu übernehmen und damit den dornenvollen Weg zu gehen, der in eine bessere Zeit führt.

Die Bekanntgabe des amtlichen Wahlergebnisses.

Bei den früheren Reichstagswahlen lagen die ersten Ergebnisse von der Wahl der auf den Wahltag folgenden Nacht oder doch am nächsten Tage vor. Auch ließen die vorliegenden Teilergebnisse zumindestens schon einen Schluß zu, welcher der Kandidaten die meisten Aussichten hatte, gewählt zu sein. Das ist nach Auffassung der amtlichen Stellen bei den Wahlen am 6. Juni vollkommen anders, da in den einzelnen Wahlbezirken, welche wieder 32 Wahlkreise mit durchschnittlich 1500 Stimmen umfassen, nach Listen gezählt wird. Am Schluß der Wahl muß zuerst der Vorsteher der einzelnen Wahlbezirke die auf diese Liste abgegebenen Stimmen auszählen. Die Ergebnisse dieser Auszählung dürften noch in der Nacht auf Montag vorliegen, da die Wahlvorsteher diese auf schnellstem Wege an den Kreiswahlleiter zu übermitteln haben. Am Montag früh werden also die Kreiswahlleiter in der Lage sein, die Ergebnisse für den gesamten Wahlkreis zusammenzustellen. Das Reichswahlamt in Berlin wird eben erst nach Ermittlung und Verrechnung der Reststimmen auf die Reichslisten die Gesamtergebnisse frühestens am Mittwoch früh feststellen und veröffentlichen können. Bei dem großen Interesse, das in allen Kreisen gerade den diesmaligen Wahlen entgegengebracht wird, werden jedoch unabhängig von diesem Endergebnis Teilresultate bekanntgegeben werden, sobald sie vorliegen und sobald sich auch nur einigermaßen zutreffende Schlüsse ziehen lassen.

Die Sicherung der Wahlen.

Zur Sicherung des Wahlgeschäftes für die bevorstehenden Reichstagswahlen hat das Reichswehrministerium im Einvernehmen mit den Landessicherheitswehren umfassende Maßnahmen getroffen. Falls Störungen der Wahlen durch verbrecherische Elemente stattfinden, greift zunächst die Sicherheitswehr und gegebenenfalls auch die Reichswehr ein. Das Reichswehrministerium rechnet aber zunächst für den 6. Juni mit keinen Kämpfen, ist indessen entschlossen, nötigenfalls energisch zuzugreifen.

Das Ausland und die deutschen Wahlen.

Ueber die Bedeutung der deutschen Wahlen für die Gesundung der Weltpolitik äußert sich der Haager Nieuw Courant, der den deutschen Volkscharakter noch immer für die beste Garantie gegen die Rätediktatur hält, daß man am Rande eines Abgrundes stehe, daß aber auf der anderen Seite ein blauer Berg namens Spa schummrig auftauche, hinter dessen Gipfel die aufgehende Sonne der Versöhnung einen ersten zögernden Lichtstrahl erscheinen lasse. Das Blatt schließt mit der Frage: Wird das deutsche Volk den neuen Reichstag so zusammenstellen können, daß er eine sichere und starke Brücke über den drohenden Abgrund schlagen kann? Möge es dann beim Besteigen des Berges keine Enttäuschungen erfahren! — Diese Auslassungen beweisen, mit welcher Aufmerksamkeit das Land auf den Ausfall unserer Wahlen wartet.

Frankreich erhofft von einem reaktionären Wahlsieg Zerfall des Reiches.

Echo de Paris zieht aus dem Ergebnis der Wahlen in Gotha den Schluß, daß die Reichstagswahlen einen Erfolg der Rechtsparteien ergeben werden. Das Blatt führt aus, die preußischen Konservativen würden die Regierung wieder an sich reißen und durch Spitzel einen Kommunistenputsch hervorrufen, um nach dessen militärischer Unterdrückung zur Wiedererrichtung der Monarchie zu schreiten. Diese Entwicklung würde die Folge haben, daß Süddeutschland in eine föderalistische Bewegung eintreten würde.

Krisenwirkung.

W. W. Was wenig oder garnicht beachtet wird, das ist daß wir nicht mehr vor dem gefürchteten Zusammenbruch stehen, sondern ihn nunmehr tatsächlich durchleben. Was wir Käuferunlust nennen, das ist ebenso eine Wirkung des Zusammenbruches wie die wachsende Arbeitslosigkeit, die Geldentwertung und die Valutaschwankungen. Da es sich um eine Krise schwerster Art handelt, lassen sich Entwicklung und Ablauf nicht übersehen. Wer sich den Zusammenbruch etwa so vorstellt, daß er unbedingt mit Hungersnot und Massensterben beginnen muß, hat mehr üppige Phantasie als Wirklichkeitssinn. Auch das gehört zu den Krisenerscheinungen, daß, obwohl der Papiergeldumlauf immer höher schwillt, die Kaufunlust immer stärker wird. Hier zeigt sich ein Problem, das schärfer herausgeschält werden muß. Wir sind ja alle Zeitgenossen eines Warenhungers ohnegleichen gewesen. Es gab Monate und Jahre, in denen eine wahre Kaufwut herrschte, in denen die ältesten Lagerbestände weggingen. Um die Kauflust zu befriedigen, wurden Waren aus minderwertenem und schlechtem Material hergestellt. Auch sie fanden Abnehmer. Trotzdem damals im Verkehr nicht so viel Papiergeld umlief wie heute, besaß das Volk im allgemeinen mehr Mittel oder doch in diesen Mitteln mehr Kaufkraft. Wieder zeigt sich, daß die Uebersättigung des Verkehrs noch keinen Reichtum bedeutet. Es wird eben weniger erzeugt und dies Weniger kann keinen Absatz finden. Aber automatisch erhöht sich der Papiergeldumlauf. Der Rückschlag ist nicht ausgeblieben. Nicht nur große Kauf- und Warenhäuser sind in Zahlungsschwierigkeiten geraten, auch die echten Erscheinungen einer wilden Hochkonjunktur, die Luxuslokale, geraten in Verfall. Die hauptstädtischen Bars und Dielen machten noch vor kurzem glänzende Geschäfte. Die jetzt aufhörende Hochkonjunktur war eine echte Nachkriegskonjunktur, wie sie bisher alle Kriege der neueren Zeit begleitete. Nach den napoleonischen Kriegen wurde selbst England von einer schweren Krise heimgesucht, die nicht nur Jahre, sondern Jahrzehnte dauerte. In dieser Krise industrialisierte sich das britische Reich, aber erst nach Geburtswehen, die vielleicht für immer schwere Krankheitskeime zurückgelassen haben. **Auch Deutschland hat nach dem deutsch-französischen Kriege die Gründerzeit und den Krach durchmachen müssen.**

Alle diese Krisen können sich angesichts der Umschichtung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in den gleichen Formen wiederholen. Wäre unsere Kredit- und Bankorganisation nicht so vollendet und ausgebildet, wie sie es tatsächlich ist, so würden wir jetzt viel mehr und schwerere Zusammenbrüche und Konkurserklärungen zu verzeichnen haben als in der Krachzeit nach 1870. Allein die Bankorganisation, über die wir heute verfügen, kann nicht jeden Stoß auffangen und aufhalten. Sie ist abhängig von der Erzeugungskraft der Wirtschaft. Läßt diese nach, so greift das auch in die Kreditorganisation über. Die Krise wird dann allgemein, trotz oder gerade wegen des höheren Zahlungsmittelumlaufes. Allein je größer und nachteiliger die Folgen des Zusammenbruches für unsere Wirtschaft zu werden drohen, desto größer sind auch die Möglichkeiten, ihnen auszuweichen. Der Zusammenbruch ist ja nicht mehr abzuwenden; er ist da. Jetzt gilt es, aus ihm den Wiederaufbau zu vollziehen. Die Wirtschaft kennt nur ein Heilmittel: Das ist organisierte Arbeit, d. h. wirtschaftliche Arbeit, wenn es sein muß, um jeden Preis. Das Geschlecht von heute ist zum Leiden und Handeln bestimmt. Wenn es sich bewährt, so festigt und sichert es auch die Zukunft des deutschen Volkes.

Die Verwerfung des Versailler Vertrages.

St. Der Tag, an dem der Versailler Vertrag als Mittel, die Staatenwelt im Sinne der Sieger zu ordnen, aufgegeben ist, läßt sich genau benennen: Es ist der 25. Mai 1920. An diesem Tag, mit dem nach dem ursprünglichen Plan die Konferenz zu Spa hätte beginnen sollen, überreichten die in Paris versammelten Finanzsachverständigen dem Wiedergutmachungsausschuß einen Bericht, in dem erklärt wurde: Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages seien undurchführbar und die Umänderung der sie betreffenden Abschnitte müsse gefordert werden. Was bedeutet dies Geständnis? Nicht weniger als nach dem Ergebnis des Krieges und nach dem Mißlingen des Wilsonfriedens den dritten großen Zusammenbruch. Auch der Friede Clemenceaus gehört seit diesem Tage der Geschichte an. Man vergesse nicht: Das Urteil über den wirtschaftlichen Teil des Versailler Vertrages ist bereits vor Beginn der Verhandlungen in Spa gesprochen worden, zu einer Zeit, in der sich die Verbandsmächte noch grundsätzlich gegen die geringste Abänderung des Vertrages sträubten. Wenn man trotzdem in der Hauptstadt des auf Wirtschaftshilfe am meisten angewiesenen Verbandslandes beschließt, nach Spa (wo man angeblich doch nur die Fälle von Nichterfüllung des Vertrages durch Deutschland erörtern will) mit einem solchen Eingeständnis zu gehen, so bedeutet dies, daß Frankreich nicht auf Hilfe aus deutschen Mitteln verzichtet, wohl aber, daß es das in Versailles geformte Werkzeug der Hilfserzwingung als unbrauchbar erkannt hat. Dies Werkzeug sollte — nach dem Vertrage — von der Wiedergutmachungskommission gehandhabt werden. Der Pariser Beschluß beschränkt die Kommission wieder auf ihre natürliche Aufgabe: Schäden zu beziffern. Wie diese Schäden geheilt werden sollen, das zu bestimmen, ist nicht mehr ihre Sache, sondern Sache der Politik, also der Verhandlung zwischen den Regierungen.

Kleine politische Meldungen.

Deutsche Note über Schleswig. Das Reichskabinett hat am Donnerstag zwei Sitzungen abgehalten, die sich mit der Antwort auf die Pariser Entscheidung über Schleswig befaßten. Die Antwort nach Paris wird bereits am Sonnabend abgehen. Nach zuverlässigen Informationen hat sich die Reichsregierung weitere Schritte vorbehalten und verlangt eine Nachprüfung der Entscheidung über Schleswig.

Die Tagesordnung für Spa. Das Pariser Journal meldet, daß die Tagesordnung der Konferenz in Spa am kommenden Mittwoch durch den französischen Geschäftsträger in Berlin Deutschland übermittelt werde. Ueber den Rahmen der Tagesordnung hinaus seien Verhandlungen in Spa ausgeschlossen. Eine finanzielle oder politische Revision des Versailler Vertrages stehe nicht auf der Tagesordnung.

Der Gefangenenrücktransport aus Sibirien. Die Morning Post meldet: Die japanische und englische Regierung erklären ihre Bereitwilligkeit, zur Stellung des notwendigen Schiffsraumes für den Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus dem östlichen Sibirien. Die ersten Transporte verlassen im September Wladiwostok.

Noch immer deutsche Kriegsgefangene in Frankreich? Aus Hamburg geht der Dena folgende Meldung zu, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben: Wie verlautet, sollen sich noch immer deutsche Kriegsgefangene in Frankreich befinden, und zwar handelt es sich um einen Oberleutnant, einen Kapitänleutnant und 200 Mann. Der Grund ihrer Zurückhaltung ist nicht klar, die Leute stehen nicht auf der Auslieferungsliste.

Einstellung der Deutschenausweisungen aus dem Elsaß. Die Humanite meldet: Millerand gab dem Vorsitzenden der sozialistischen Kammerfraktion die Erklärung ab, daß er Anordnung gegeben habe, die Ausweisung früherer Deutscher aus dem Elsaß einzustellen.

Angeklagte französische Generale. Der Secolo meldet aus Paris: Die parlamentarische Untersuchungskommission über die Schuld an der Preisgabe der nordfranzösischen Gebiete im Jahre 1914 und über den Rückzug der französischen Heere im August 1914, beschloß die Inanklagesetzung von drei Generalen der zweiten Armee und vier Festungskommandanten.

Kein Vizepräsident in Frankreich. Der Gedanke, eine Vizepräsidentschaft für Frankreich zu schaffen, ist nach dem Intransigeant wieder aufgegeben worden, weil man die Zusammensetzung der Nationalversammlung aus Kammer und Senat vermeiden möchte. Man fürchtet, daß doch noch allerlei Pläne auftauchen könnten, die man mindestens im Augenblick nicht weiter erörtern möchte. Die Einberufung der Nationalversammlung war bereits im vorigen Sommer einmal im Senat angeregt, aber damals mit noch weniger Geräusch begraben worden.

Der radikale Reichsarbeitsrat in Oesterreich. Der österreichische Reichsarbeiterrat erklärte sich in seiner mehrtätigen Tagung für das Programm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei des Deutschen Reiches. Der österreichische Reichsarbeiterrat verweigert jede Regierungskoalition mit den Bürgerlichen und stellt sich auf den Boden der Alleinherrschaft des Proletariats und des Rätesystems.

Lloyd George über die schwere Wirtschaftslage. Nach Mitteilungen des Courants aus London sprach Lloyd George vor seinen Wählern in Wales. Der Redner warnte vor übereilten Hoffnungen auf eine Besserung der internationalen Schwierigkeiten. Auch England bleibe von der nicht unbedeutenden Wirtschaftskrisis nicht unberührt. Nur der feste Zusammenhalt der Alliierten in der Erfüllung der Friedensverträge bringe die alliierten Staaten über die schwierige Wirtschaftslage hinaus.